

Protokoll zur StuRa-Sitzung vom 14.11.02

Teilnehmer: 26/33, Sitzungsleiter/in: Jamila Wolf, Protokollant/in: Wiebke Harms, für «Name»,
Sitzungsbeginn: 19:35 Uhr, Sitzungsende: 23:47 Uhr; gedruckt: Montag, 25.11. 19:09 Uhr

1. Begrüßung und Formalia

?? Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formalia
2. Bericht der GF; Debatte des Berichts
3. Anträge
4. Ausschreibung VR (Gf)
5. Öko-Audit (TUUWI)
6. Studienbeiträge an der TU Dresden (Jens/Robert)
7. FSR-Wahl -> Werbung/Knackpunkt (René)
8. AE [Oktober] (Oliver)
 - Marco: 37,50 EUR
 - Michael: 50 EUR
 - Torsten: 90 EUR
 - Christian: 150 EUR
 - Claudia: 90 EUR
 - Niklas: 90 EUR
9. Sonstiges

?? Änderungen zum Protokoll:

Das Protokoll vom 07.11. liegt nicht vor, Änderungen desselben werden also vertagt.

?? Beschlußfähigkeit:

Die Beschlußfähigkeit ist mit 18 von 33 gegeben.

2. Bericht GF; Debatte des Berichts

Annerose war bei einem Gespräch mit dem Rektor, wo über die Neuigkeiten beim Hochschulkonsens diskutiert wurde. Die Neufassung ist im Prinzip genau wie das alte Konsenspapier. Neu ist nur, daß Rößler jetzt die Studierendenzahlen in Sachsen senken will. Des weiteren hat Annerose sich mit Tagesgeschäft befaßt.

Oliver hat sich hauptsächlich mit Kleinkram beschäftigt. Die Gf-Sitzung war lang und es wurde viel diskutiert: Kai war bei der KSS und hat berichtet, über AE wurde gesprochen und das Gespräch mit Senat / Rektor war Thema. Der Dies Academicus soll am 07.05.2003 stattfinden. Die Klage, die der StuRa wegen eines Semestertickets am Hals hat, wird von einem Anwalt bearbeitet.

René war mit der Wahlvorbereitung und den Wahlplakaten 8 Stunden am Tag beschäftigt.

Hendrik war zwar fleißig, aber nicht für den StuRa. Er entschuldigt sich, daß er das Protokoll der letzten Woche vergessen hat. Auch er hat am Gespräch mit dem Rektor teilgenommen.

Christian fehlt entschuldigt.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

3. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4. Ausschreibung VR (Gf)

Friedrich teilt mit, daß mindestens zwei der studentischen Verwaltungsratsmitglieder (Patrick, Friedrich) Ende des Jahres ausscheiden werden.

Antrag: Der StuRa möge beschließen, die drei Posten bis 09.01.2003 auszuschreiben.

Es gibt keine Gegenrede.

Am Montag war die Sondersitzung des Verwaltungsrates (VR) zum Haushalts-/Wirtschaftsplan des StuWe. Es gab jedoch noch keinen Beschluß zu den Beitragserhöhungen. Das StuWe hat eine Semesterbeitragserhöhung von 4 EUR vorgeschlagen, weitere Kosten sollen durch globale Minderausgaben bei Personal, allgemeiner Verwaltung, Mensen und Wohnen eingespart werden. Zusätzlich ist die Schließung der Kantinen am Wiener Platz und im Tusculum geplant. Der Verwaltungsrat konnte diesen Vorschlag nicht ablehnen, weil andere StuWe schon Erhöhungen von 7 EUR zugestimmt haben. Der VR hat ein Thesenpapier erarbeitet, das dem Protokoll angeheftet ist.

Kai: Um wieviel EUR wird der Betrag im nächsten Jahr steigen?

Friedrich: Mit den 4 EUR ist das StuWe an der untersten Grenze. Im Jahr 2004 wird beim StuWe weiter gekürzt werden, neue Erhöhungen sind also abzusehen. Man sollte sich über Proteste Gedanken machen.

Patrick: Die bisherigen Kürzungen waren noch gar nichts, 2004 wird noch viel massiver gekürzt werden. Ich hoffe, daß wir dagegen mobil machen können.

Jens: Der Landeshaushalt für 2004 geht *jetzt* durch die CDU-Fraktion, in einem Jahr ist es zu spät für Proteste. Wir sollten schon vor der Landtagswahl bzw. jetzt sofort mobil machen, sonst ist der Zug abgefahren.

Friedrich: Das ist die Aufgabe des StuRa, nicht die des Verwaltungsrats.

5. Öko-Audit (TUUWI)

Jamila: Vom Öko-Audit ist niemand da.

Ich schlage vor, TOP 8 vorzuziehen.

Der Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

8. AE [Oktober] (Oliver)

Robert weist darauf hin, daß Presse anwesend ist, und bittet darum, keine Personaldebatte vom Zaun zu brechen.

René: Claudia ist ÖVerteilerin gewesen und dabei ist etwas schiefgelaufen: Sie wurde länger beschäftigt, als ihr Vertrag lief und der Topf für die Verteiler ist leer, weil mehr gearbeitet wurde als erwartet. Jetzt soll die Bezahlung über das Referat laufen, in dem sie zum Glück drin ist. Für den Verteilertopf wird es einen Nachtragshaushalt geben.

Niklas: Den Maximalaufwand (90 EUR) sollte es nur geben, wenn jemand 24 h am Tag im StuRa gearbeitet hat, deshalb:

Antrag auf Herabsetzung von Claudias AE auf 80 EUR

René (Gegenrede): Das ganze ist nur schwierig, weil der Verteiler-Topf leer ist.

Der Antrag wird mit 1 : 19 : 0 abgelehnt.

FSR Bio/Chemie beantragt 5 Minuten Sitzungspause.

Vom Öko-Audit ist immer noch niemand da, deshalb wird in der Tagesordnung fortgefahren.

6. Studienbeiträge an der TU Dresden (Jens / Robert)

Robert stellt die Idee von „Unternehmen Selbst Beteiligten“ vor. Zunächst gab es den offenen Brief von 47 Studierenden der TU Dresden („Gruppe 47“) mit dem Titel: „Wir sind bereit einen Beitrag zu leisten“. Im Oktober kam Jens mit der konkreten Projektidee, die Bibliothek in den Semesterferien 24 h am Tag und 7 Tage die Woche geöffnet zu halten und das mit studentischen Mitteln zu finanzieren. Zusätzlich fand im September eine Tagung in Bommerholz statt, auf der „Das studentische Vereinsmodell zur Einführung von Studienbeiträgen“ erarbeitet wurde. Nach diesem Modell fungieren die Studierenden als Drittmittelgeber für ganz bestimmte Projekte, d.h. es soll eine konkrete Ausrichtung auf Schwachstellen im universitären Betrieb geben ohne jedoch dem Finanzministerium in die Hände zu spielen. Das Bibliotheksprojekt ist ein geeignetes Pilotprojekt, weil es öffentlichkeitswirksam ist und nach außen signalisiert, daß auch Studierende etwas für ihre Hochschule tun. Die Kosten für das Projekt sind noch unklar, es wird an einem Kostenvoranschlag gearbeitet; es soll jedoch in den kommenden Semesterferien (Febr./März 2003) laufen. Geplant ist, daß Studierende 100 EUR zahlen, oder sich mehrere zusammenschließen und gemeinsam die 100 EUR aufbringen. Der StuRa

soll nun Anregungen und Kritik äußern, jedoch keinen Beschluß fassen.

René (Jura): Wie sollen die Studierenden ausgewählt werden? Wer würde denn schon freiwillig zahlen?

Robert: Wir sind idealistisch. Es gibt vielleicht einige, die das machen. Die Chemie könnte z.B. auch zur BASF gehen und um Geld bitten.

Ulli: Das Bibliotheks-Projekt ist eine Sache, Studiengebühren eine andere. Was wollen wir heute diskutieren?

Jens: Wir sollten beides diskutieren.

Jamila: Wir diskutieren zuerst das Projekt, dann die Idee an sich. Einerseits spricht ihr bei den Bibliotheksöffnungszeiten von 24 h, andererseits steht im Internet etwas von 6-24 Uhr. Wie ist das zu verstehen?

Jens: Die Werbung für 24 h wäre zwar besser, würde aber vielleicht nicht angenommen oder ist nicht umsetzbar. Deshalb soll es eher zusätzliche Stunden und den Sonntag für die Bibliothek geben, für die PC-Pools könnte das eventuell anders laufen.

Ingo: 1. Wie wird den Leuten der Betrag schmackhaft gemacht? 2. Läuft man nicht Gefahr, daß man neues Personal braucht, das man nicht mehr los wird?

Robert: Es ist machbar, Verträge auszuhandeln, die die Leute nicht längerfristig bindet. Das ist Aufgabe der SLUB.

Jens: Die Motivation für Leute einen Beitrag zu zahlen ist Idealismus. Wir können nicht ohne weiteres die Namen der Menschen, die zahlen, veröffentlichen, im Internet ginge das zumindest eingeschränkt.

Björn: Wie wird die Landesregierung reagieren? Muß man nicht befürchten, daß die Studierenden dann auch für andere Projekte finanziell eingespannt werden?

Robert: Die Studierenden suchen sich die Projekte selbst aus. Die Landesregierung kann uns zu nichts verpflichten. Die Studierenden sind Drittmittelgeber; der Staat kann dadurch die Mittel nicht abbauen.

Uwe: 1. Besteht der Bedarf für längere Öffnungszeiten in der Bibliothek? 2. Ich sehe bei der Landesregierung momentan eine moralische Hemmschwelle. Mit diesem Projekt zeigen wir, daß die Studierenden ja offensichtlich Geld haben, so daß sich die Frage stellen wird, warum sie sonst nicht zahlen können.

Jens: Was ist denn wahr?

Uwe: In diesem Fall kommt es auf die öffentliche Meinung an, nicht auf die Wahrheit.

Jens: Wir wollen zeigen, daß *wir* den Hebel in der Hand haben. Wenn der Staat nicht mitmacht, zahlt der Verein auch kein Geld.

Uwe: Das Geld des Vereins soll speziell verteilt werden, die Landesregierung kürzt aber global.

Kai: Der Aufbau des Vereins erinnert an den des Studentenwerks. Ich verweise auf TOP 4 dieser Sitzung, der die schwierige Lage des StuWe deutlich macht. Auch bei der Einführung von Studienbeiträgen wird sich das Land aus der Finanzierung zurückziehen.

Stefan: Das Bibliotheks-Projekt und die Bommerholzer-Thesen kann man nicht getrennt betrachten. In These 5 ist von Kundenorientierung in der Lehre die Rede. Aus der Freiwilligkeit des Beitrages wird schnell ein Abgabebzwang werden. Deshalb stellt sich die grundsätzliche Frage: Studiengebühren ja/nein.

Jens: Bei der Tagung in Bommerholz waren auch Studiengebührengegner anwesend. Kundenorientierung wird verschieden ausgelegt. Ich betrachte das mit der ökonomischen Brille: Professoren lassen sich auf die Bedürfnisse der Studierenden ein.

Jamila: Die meisten Mitglieder der Gruppe 47 haben eigene Zweigbibliotheken. Macht es Sinn, alle Zweigstellen länger geöffnet zu halten und nicht nur die Zentralbibliothek?

Jens: Am besten wären alle Bibliotheken.

Jamila: Um 21 Uhr ist die Bibliothek leer. Warum soll ich für längere Öffnungszeiten bezahlen?

Stefan (Nr. 2): Wie kommt Jens dazu, die Bildungslandschaft ökonomisch zu sehen?

Jens: Ökonomie spielt überall eine Rolle. Das Menschenrecht auf Nahrung ist auch nicht kostenfrei. Warum sollte es die Bildung sein?

Robert (Nr. 2): Mit einer Demo kann man mehr Geld fordern, aber wenn keins da ist, kommt auch keins. Das Bibliotheks-Projekt ist etwas zusätzliches. Es geht nicht darum, auch Wohnheime o.ä. zu finanzieren. Wer selbst zahlt, kann auch selbst bestimmen.

Hendrik: Sachsen ist noch viel ärmer als bisher gedacht. Wem soll das Projekt nutzen? Das Ministerium sagt, wir zahlen nichts mehr; der Verein sagt, wir dann auch nicht. Hat dann die Bibliothek nur noch 5 h geöffnet? 100 EUR sind wenig Geld für die Uni, aber viel Geld für einen Studenten.

Martin: Wir müssen die Interessen der Studierenden vertreten, und die wollen v.a. schnell und effektiv studieren. Dafür müssen wir alles tun, z.B. mit diesem Projekt.

Ingo: Rößler interessiert sich nicht für 8000 Studierende vor dem Landtag und auch nicht für Chinesen, die in Deutschland ausgebildet werden wollen. Wird er dann überhaupt realisieren, was dieser Vorschlag soll? Wird er nicht das ganze negativ umsetzen?

Jemand: Sollte man nicht Leute ansprechen, die schon mehr Geld haben als Studierende, z.B. Absolventen?

Jens: Das steht im Vereinskonzept. Man kann entweder gleich zahlen, oder auch erst nach dem Studium.

Ringo: Wo ist der Bedarf bei einer 24/7-Bibliothek? Gab es eine Umfrage?

Robert: Es gibt eine Erhebung von 20-22 Uhr von der SLUB. Ansonsten gab es noch keine Umfrage.

Ringo (zu Martin): Was sind die Interessen der Studierenden? Wer legt die denn fest? Wir nutzen dem Staat, wenn wir eine gute Bildung haben, nicht nur uns selbst. Des Weiteren: Wir wollen nicht 12 EUR mehr ans Stu-

We zahlen, aber 100 EUR für die Bibliothek. Der Staat wird nur sehen, daß die Studierenden offensichtlich Geld haben.

René: 100 EUR sollte man eher anlegen, als nachts in der Bibliothek zu sitzen. Die Eberhard-von-Kuenheim-Stiftung, die die Tagung in Bommerholz mitorganisiert hat, ist die Stiftung von BMW und will Eliten fördern; das CHE gehört Bertelsmann. Es sind also die Konzerne, die die Studiengebühren fördern. Es ist keine Initiative der „Arbeiterkinder“, so wie ihr das darstellt. Bildung ist nicht nur eine monetäre Einrichtung des Staates, sonst wird Bildung zur Leitkultur.

Jens: Dieses Modell greift nur, wenn man davon ausgeht, daß alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben. Das CHE wird von der Bertelsmann-Stiftung finanziert; diese ist rechtlich vom Bertelsmann-Konzern getrennt. Das Seminar wurde nicht von der Eberhard-von-Kuenheim-Stiftung finanziert. Die Tagung war offen für alle. Bildung ist nicht gleich Ökonomie, man kann sie auch philosophisch, erziehungswissenschaftlich etc. betrachten.

Heiner: Das Modell hat bundesweite Dimensionen, und so wird es auch genutzt. Es signalisiert, daß Studierende bereit sind, Studiengebühren zu bezahlen; das ist einmalig. Es geht hier nicht nur um Dresden oder Sachsen. Die Bildungsökonomie muß mitgedacht werden, aber es geht auch um das Steuer- und Wirtschaftssystem, und AkademikerInnen bezahlen die höchsten Steuern. Im Vereinsmodell sind die Gebühren elternabhängig und später ungerecht, weil nicht jeder gleich viel verdient. Eine Vermögenssteuer könnte der Bildung zugute kommen. Warum diskutieren wir über Geld und nicht über Studienreformen/-inhalte?

Robert: Warum nutzt der StuRa nicht dieses Projekt, um eine neues Modell zu entwerfen, wo wir mit dem jetzigen schon Resonanz in der Öffentlichkeit haben? Man sollte Trittbrettfahrer spielen.

Hendrik: Solidarität funktioniert auch in anderen Fällen nur schlecht. Wieso sollten bei der Bibliothek wenige für viele zahlen? Ich bin gegen das Bibliotheks-Projekt. Man sollte keine Gesellschaft fördern, die nur auf Arbeit ausgerichtet ist.

Jens: Man sollte jedem die Möglichkeit geben, sich die Pausen selbst auszusuchen. Vielleicht ist individuelle Solidarität effizienter als staatliche.

Stefan (Jura): Die Frage nach dem Bedarf nach verlängerten Öffnungszeiten ist zwingend. Das Geld sollte sinnvoll ausgegeben werden, z.B. könnte man auch mehr Bücher kaufen. Es besteht die Gefahr eines Dammbruchs, wenn die Studierenden erstmal anfangen zu zahlen.

Ulli: 100 EUR sind die Grundlage für das Vereinsmodell. Aber was ist, wenn man von 500 oder 1000 EUR ausgeht?

Uwe: Es gibt einen Unterschied zwischen Bildung und Ausbildung. Bildung ist ein Zweit- oder Dritt-Studium; Ausbildung führt zu einem berufsqualifizierenden Abschluß und muß kostenfrei sein. 100 EUR sind nicht viel für eine Fakultät, deshalb besteht die Gefahr, daß der Betrag erhöht wird.

Elmar: Man kann eine intensivere Drittmittelinwerbung betreiben, sollte aber nicht die Studierenden zur Kasse bitten. Studierende der Geowissenschaften würden vielleicht für ihre Zweigstelle bezahlen, nicht aber für die Zentralbibliothek. Die Leute wollen wissen, wo das Geld hingehet.

Annerose: Niemand weiß, was die Interessen der Studierenden sind. Die Gesellschaft hat nicht mehr Nutzen von Bildung als die Studierenden selbst – keine Untersuchung konnte das Gegenteil beweisen. Bei dieser Selbsthilfe-Aktion steht man vor dem Grundproblem, daß man einerseits etwas tun will, andererseits nicht den Staat von seiner Verantwortung entbinden will. Der Vorteil ist jedoch, daß wir nicht nur fordern, sondern auch bereit sind, etwas zu ändern.

Kai: Ich kritisiere, daß es keine vorherige Umfrage zum Bedarf der verlängerten Öffnungszeiten der Bibliothek gegeben hat. Wenn Rößler das Modell nicht versteht, sollen wir dann etwa warten, bis er weg ist?? Kostenlose Bildung gab es bisher auch nicht.

Daniel: Was ist der konkrete Handlungsbedarf für das Bibliotheks-Projekt? Was soll denn verbessert werden? Das einzige, was von Studierenden bemängelt wird, ist das Mensaessen.

Tobias: Man kann auch Bedarf induzieren (Beispiel: Straßenbau für noch mehr Autoverkehr). Aber muß das sein?

Ingo: Ein Arbeitgeber nutzt die Möglichkeit, wenn er weiß, daß der Arbeitnehmer 24 h am Tag arbeiten kann. Das birgt die Gefahr einer 24h-Gesellschaft. Es gibt keine studentische Vereinigung, bei der alles optimal funktioniert, weil die Fluktuation so hoch ist. Vor diesem Problem stünde auch der Verein.

Robert (Nr. 3): Der Sinn des Vereins-Modells ist doch schon jetzt erfüllt. Der potentiell zahlende Student steht in der Öffentlichkeit. Man könnte die Debatte hier auch beenden, das Ziel ist erreicht. Mit diesem Model selektieren wir weiter nach Einkommen der Eltern trotz PISA und Erhebungen des StuWe.

FSR Phil und Verkehrswissenschaften beantragen je 5 Minuten Sitzungspause.

Robert (Nr. 2): Man könnte besser arbeiten, wenn die Bibliothek länger geöffnet hätte. Wirtschaftsliberalität schließt Solidarität nicht aus. Zwangssolidarität funktioniert sowieso nicht. Bei dem Modell handelt es sich nicht um Studienfinanzierung, da reichen 100 EUR überhaupt nicht.

Jamila stellt einen GO-Antrag auf Schluß der Redner-Liste.

Ulli redet dagegen, weil das Projekt weiter vorangetrieben wird, ohne daß der StuRa es kritisch betrachtet hat.

Der Antrag wird mit 5 : 7 : 8 abgelehnt.

Robert: Wir wollen eine Sprechstunde einrichten – immer mittwochs um 16:30 Uhr – um Fragen zu beantworten und Anregungen entgegenzunehmen.

Jamila: Es muß geklärt werden, welchen Beitrag der Staat leisten muß und was das Plus ist, daß wir bezahlen. Die 100 EUR sind eine „Luxussteuer“. Studierende könnten einen Beitrag leisten, aber der muß nicht unbedingt finanziell sein. Sie könnten sich auch am Bibliotheksdienst beteiligen, Tutorien durchführen etc. und hätten dadurch noch einen persönlichen Nutzen, weil sie stärker in den Unibetrieb eingebunden wären. Nachteil dabei ist allerdings der hohe Verwaltungsaufwand.

Thomas: Alle meinen, die „Reichen“, also die Unternehmen, sollen die Bildung finanzieren. Aber dann gibt es keinen Anreiz mehr für Firmen, sich weitergehend zu engagieren. Ich bin für das Bibliotheksprojekt, auch ohne daß es eine Umfrage gab.

Hendrik möchte Jamila virtuell küssen für den tollen Vorschlag mit der Selbstbeteiligung der Studierenden.

René: Die Studierenden nutzen dem Staat und noch viel mehr der Wirtschaft, die mit ihnen ihren Gewinn immer weiter vermehren. Das Geld im Staat ist bei der Wirtschaft und es wird für Militär, Straßenbau etc. ausgegeben, aber nicht für Bildung. Das Vereinsmodell richtet sich an die falschen Leute, nämlich an die, die kein Geld haben, statt an die Großunternehmen. Nach Jamilas Idee müßten die Leute, die Geld haben, nicht arbeiten, die anderen schon.

Ulli: Der Fehler ist, daß es keine Alternativkonzepte gibt. Der Staat könnte auch 9200 EUR pro Jahr an die Studierenden auszahlen zur Finanzierung des Studiums.

Heiner: Wenn die Studiengebührengegner keine neuen Argumente bringen, muß man sich gerade auch mit den neuen Konzepten befassen. Der fzs (Freier Zusammenschluß von StudentInnenschaften, Anm. der Protokollantin) führt Seminare zur Bildungsfinanzierung und –kommerzialisierung durch, um neue Ideen zu finden. Wir müssen das deutsche Bildungssystem auch international vergleichen (OECD-Studie). Warum sollen die Beiträge nicht direkt den FSR oder StuRa zur Verfügung gestellt werden, sondern einem Verein?

Jens: Wir wollen keine Parallelstrukturen schaffen. Wir wollten keine Animositäten, wenn „FSR“ oder „StuRa“

in dem Modell auftaucht. Es war eines der großen Ziele des Projektes, eine Diskussion anzuregen.

Cathleen: Es kommt auf die Ausstattung der Bibliotheken an, nicht auf die Öffnungszeiten. 100 EUR könnte man in das eigene Studium besser investieren als in einen solidarischen Topf. Politische Mitbestimmung ist wichtiger als finanzielle.

Uwe: Wir müssen aus der gegebenen Situation das Beste machen. Nur Ablehnung bringt uns nicht weiter.

Ulli macht mehrere Anmerkungen zum Vereinskonzert: In Punkt 2.3.3 steht, daß die Verteilung der Mittel bei den Fakultäten liegt. Können die das Geld dann auch für Cocktailparties ausgeben? Außerdem haben die Profs auf Fakultätsebene eine 50+1-Mehrheit, wo bleibt da die studentische Mitbestimmung? Studierende zahlen nach dem Modell auch, wenn ihre Fakultäten das Geld gar nicht bekommen. Außerdem werden diejenigen bevorzugt, deren Eltern das Geld gleich zahlen können.

Annerose: Wir müssen das gesamtgesellschaftlich sehen. Akademiker zahlen zu wenig, kinderreiche Familien werden benachteiligt. Es ist super, daß es endlich eine Debatte dazu gibt.

Heiner: Die Unternehmen spenden zu wenig an die Hochschulen. Das Konzept der Freiwilligkeit funktioniert nicht.

Ingo: Ist das mit der eigenen Betätigung nicht doch eine Möglichkeit innerhalb des Modells? Es hätte den Vorteil, daß man sich nicht von der eigenen Verantwortung freikaufen könnte.

Jens: Man könnte natürlich auch solche Projekte machen, z.B. einen Hörsaal renovieren, das wäre toll. Es könnte parallel zum Finanzkonzept laufen.

Wiebke stellt einen GO-Antrag auf Ende der Rednerliste, der ohne Gegenrede angenommen wird.

Annerose: Für die Idee mit der eigenen Betätigung bräuchte man nicht einmal eine Gesetzesänderung. Die Mitarbeit der Studierenden ist im Hochschulgesetz geregelt.

René appelliert an alle, die Debatte nach dieser Diskussion nicht einzustellen.

7. FSR-Wahl (René)

René stellt fünf Plakatentwürfe für die FSR-Wahl vor. Geplant sind 140 Stück (5 mal 28) im Format A2. Die Kosten würden sich auf knapp 700 EUR belaufen. Zusätzlich sponsert die Barmer 2000 Flyer im Format A6, die zusammen mit kleinen Süßigkeiten verteilt werden sollen, die nochmal etwa 150 EUR kosten. Der Finanzantrag muß heute abgestimmt werden, damit die Plakate rechtzeitig fertig werden.

René beantragt 700 EUR für die Wahl-Plakate.

René beantragt 150 EUR für Süßigkeiten an den Flyern.

Niklas: Wären vier Plakatmotive bei gleicher Stückzahl billiger?

René: Ja. Aber ich kann keine Zahl nennen.

Stefan stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung.

Der Antrag wird mit 8 : 8 : 1 abgelehnt.

Uwe: Wir brauchen keine Süßigkeiten als Wahlwerbung.

Niklas: Ich will jetzt wissen, was vier Motive kosten würden.

Der Antrag über 700 EUR für die Plakate wird einstimmig angenommen.

Der Antrag über 150 EUR für die Süßigkeiten wird mit 2 : 11 : 4 abgelehnt.

René: Ich konnte meine Gründe für die Süßigkeiten nicht darlegen. So macht die ganze Aktion mit den Flyern keinen Sinn.

Oliver: Der neue Knackpunkt soll Ende nächster Woche rauskommen und wird etwa 1300 EUR kosten, weil er diesmal wegen der Wahlen zwölfseitig ist.

Oliver beantragt 1500 EUR für den nächsten Knackpunkt, damit Spielraum da ist.

Der Antrag über 1500 EUR wird ohne Gegenrede angenommen.

9. Sonstiges

Niklas: Wir haben mit 17 anwesenden Leuten 2200 EUR ausgegeben, ohne richtig darüber zu diskutieren.

René: Sollten wir uns in Zukunft nicht einen Kasten Wasser für die Sitzung leisten?

Jamila: Wir haben eine schöne Sitzung gehabt und was geschafft.